Nr. 90 2. Ausgabe

Freitag, 2. April 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13520, 13538, 13597, 17104. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise:
Grundzeile, 82 mm breit, M. 1,50, für das Ausland M. 2,—, Reklamezeile, 82 mm breit, M. 5,—, mit Platzvorschrift M. 6,—, für das Ausland M. 20,—. Bei Ziffer- oder Auskunft 50 P. Gebühr. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 90 P. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise:
Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 4,25, vierteljährlich M. 12,75. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 3,75, vierteljährlich M. 11,25, ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1,00, nach dem Auslande wöchentlich M. 4,—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Die ernste Lage im Ruhrgebiet

Von unserm Berliner Redaktionsbureau

+ Berlin, 1. April. (Eig. Drahtbericht)

Informationen, die wir an amtlichen Stellen eingezogen haben, ergeben, daß über die Lage im Ruhrgebiet eine eindeutige Beurteilung immer noch nicht möglich ist. Nach den Berichten, die der Staatskommissar für die öffentliche Ordnung erhalten hat, muß sie nach wie vor als sehr ernst angesehen werden. An verschiedenen Orten wurden neuerdings wieder Banken und Kuchhäuser durch bewaffnete Banden überfallen. Die Regierung muß sich, wie wir erfahren, auf den Standpunkt stellen, daß mit Verbrechern unter keinen Umständen Verhandlungen geführt werden, und hält darum die Einleitung energischer militärischer Maßnahmen für unbedingt geboten.

Auf der andern Seite erhofft man von dem Eingreifen des Staatskommissars Severing, dem auch alle maßgebenden militärischen Stellen mit Einschluß des Generals v. Watter unterstellt sind, eine günstige Wirkung. Politisch betrachtet, hält man in den maßgebenden Kreisen eine Katastrophe nicht für bevorstehend, da sich die Mehrheit der Arbeiterschaft mit der getroffenen Regelung einverstanden zeigt. Die Gefahr, die durch die in die Städte zurückströmenden bewaffneten Horden unausgesetzt droht, darf allerdings nicht unterschätzt werden. Mit Komplikationen ist noch immer zu rechnen.

In Kreisen der Linksparteien vertritt man die Ansicht, daß ein bewaffnetes Vorgehen der Reichswehr, wenn es auch tatsächlich gegen Räuber und Plünderer gerichtet sei, die Massen der gesamten Arbeiterschaft beunruhigend aufreizen würde. In welcher Form eine Lösung dieses Zwiespaltes sich ermöglichen lassen wird, kann man zur Stunde noch nicht übersehen. Jedenfalls wird es gut sein, eine abwartende Haltung einzunehmen, besonders auch im Hinblick auf die Stellungnahme der revolutionären Betriebsräte in Berlin, die den Generalstreik durchaus nicht abgeblasen, sondern lediglich zunächst gewissermaßen von der Tagesordnung abgesetzt haben.

Die Annahme von Wert- und Paketsendungen, die für Holland und das übrige Ausland bestimmt sind, mußte, soweit deren Leitung über Emmerich erforderlich ist, wegen der Unruhen im Ruhrgebiet zunächst eingestellt werden.

•

Schwere Störung des Eisenbahnverkehrs

+ Essen, 1. April. (Eig. Drahtbericht.) Der Eisenbahnverkehr, der in Essen und Umgebung immer noch ruht, hat eine für den Verkehr im ganzen Industriebezirk sehr erhebliche Störung erlitten durch die Sprengung einer Brücke in der Gegend von Hamm, wodurch die Hauptlinienbahnstrecke nach Hagen gesperrt ist.

•

Anarchische Zustände

Bochum, 1. April. (Eig. Drahtbericht.) Die Arbeiterschaft veröffentlichte heute vormittag folgende Bekanntmachung: „Der Generalstreik ist beendet. Heute früh 4 Uhr 30 Minuten erhalten wir die Nachricht: Die Bielefelder Vereinbarung ist von der Regierung anerkannt und erweitert worden. Die Amnestie wird verlängert bis zum 1. April. Sicherheitswehren sind innerhalb zehn Tagen von der Arbeiterschaft aufzustellen und zu organisieren. Die Reichswehrtruppen werden zurückgezogen. Hierauf haben wir beschlossen, die Arbeit sofort wiederaufzunehmen." Nachdem so der Abbruch des Generalstreiks proklamiert war, riefen Bewaffnete die Arbeiterschaft noch am Vormittag neuerlich zu den Waffen, weil angeblich die Führer der Arbeiter in Münster festgehalten würden. Um welche Elemente es sich hierbei handelt, steht noch nicht fest. Der Aktionsausschuß in Barmen hatte heute morgen die Arbeiterschaft aufgefordert, den Generalstreik abzubrechen, da die Verhandlungen in Münster für die Arbeiterschaft ein günstiges Ergebnis gezeitigt hätten. Die Waffenabgabe der Arbeiterschaft ist hier im Gange. An Stelle der Roten Armee wird in Barmen eine aus Mitgliedern der drei sozialistischen Parteien gebildete Arbeiterwehr in Stärke von 480 Mann geschaffen. Wilde Abteilungen der Roten Truppen haben in der vergangenen Nacht das Rathaus in Elberfeld besetzt und die Gewalt an sich gerissen. Die Mitglieder des aus den drei sozialistischen Parteien zusammengesetzten Aktionsausschusses wurden verhaftet.

* Berlin, 1. April. Von angeblich unterrichteter Seite wird dem „Achtuhr-Abendblatt" mitgeteilt: Im Inneren des Industriegebietes nimmt der Zersetzungsprozeß seinen Fortgang. Plünderungen und Erpressungen, Beschlagnahmen von Bankdepots in verschiedenen Städten werden immer häufiger gemeldet. Auch Brandstiftungen sollen vorkommen. Aus allen Teilen des Bezirks treffen daher immer dringendere Hilferufe bei der Reichsregierung ein, diesen unerträglichen Zuständen schleunigst ein Ende zu bereiten. Durch die unnachsichtige Haltung Frankreichs in der Frage des Einmarsches in die neutrale Zone ist es der Reichswehr leider nicht möglich gewesen, das Industriegebiet vollständig abzuschließen, doch ist die Situation heute die, daß für die Fortsetzung der militärischen Operationen ein Einmarsch in die neutrale Zone nicht unbedingt erforderlich erscheint. Die militärischen Operationen werden sich zwar dadurch verzögern und die Wiederherstellung der staatlichen Ordnung hinausgeschoben, aber nicht unmöglich gemacht.

× Düsseldorf, 1. April. In der heute vormittag nach der Turnhalle einberufenen Versammlung der Funktionäre der drei sozialistischen Parteien und der Betriebsräte, in der über den Generalstreik Beschluß gefaßt werden sollte, wurde der Bericht der nach Münster entsandten Abordnung über die dortigen Verhandlungen durch einen Trupp Bewaffneter von der Roten Armee verhindert. Ein kommunistischer Führer teilte mit, daß der bisherige Düsseldorfer Vollzugsrat abgesetzt sei.

Zur Lage in Essen

+ Essen, 1. April. (Eig. Drahtbericht.) Heute vormittag ist von verschiedenen Zechen des Ruhrgebietes gemeldet worden, daß dort von den Betriebsräten der Generalstreik für beendet erklärt worden sei. Das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat in Essen ist noch geschlossen. Dagegen ist das Gebäude des Bergbauvereins, das bis gestern ebenfalls geschlossen war, heute wieder freigegeben worden.

Die Rote Armee in fluchtartigem Rückzug

+ Buer, 1. April. (Eig. Drahtbericht.) Heute vormittag stießen die Regierungstruppen nach Süden vor. Es kam zu Plänkeleien nördlich von Marl und Buer. Die Roten Truppen mußten sich zurückziehen, worauf eine panikartige Flucht der ganzen Roten Armee in breiter Front einsetzte. Die hinter der Front dimaskierenden Truppen wurden von den nachdrängenden Regierungstruppen vollständig überrascht.

× Buer, 1. April. Wie die „Buersche Zeitung" meldet, drangen die Regierungstruppen heute mittag von Dorsten weiter vor. Nördlich von Marl und nördlich von Buer, in der Gegend von Ulfkotten, kamen sie mit den Roten Gardisten in Plänkeleien. Die Linie der Roten Armee wurde zurückgedrängt, worauf eine Flucht auf dem ganzen Abschnitte der Roten Armee einsetzte. Die Rotgardisten, die gerade beim Abkochen des Mittagessens waren, ließen Waffen und Ausrüstung im Stich und flüchteten in voller Auflösung in der Richtung auf Recklinghausen. Die Kreisstraße Marl—Recklinghausen konnte den Strom der wie ein aufgestörter Ameisenhaufen laufenden Rotgardisten kaum fassen. Bemerkenswert ist, daß sich diese nicht nach Süden auf den großen Straßen nach Buer zurückziehen, sondern allein über die Kreisstraße von Polsum sich ergießen. Es scheint Befehl zu sein, sich im Falle eines Rückzuges unter keinen Umständen nach Süden zu begeben. Die Regierungstruppen hatten schon seit einigen Tagen den Dorstener Brückenkopf südlich der Lippe besetzt. Wäre also die Rote Armee abgezogen, so hätte sie sich in die Gefahr einer völligen Umzingelung begeben.

•

„Zu früh losgeschlagen . . ."

* Berlin, 1. April. Ueber die Motive des roten Putsches im Ruhrbezirk meldet das „B. T.": Es handelte sich um eine radikale Parallelaktion zum Kapp-Putsch. Wie dieser, so geht auch die Verschwörung im Ruhrgebiet weit zurück und war als eine viel umfassendere Aktion eingeleitet worden. Manche Einzelheiten sind nur durch das Zusammengehen mit dem russischen Bolschewismus erklärlich. Jedenfalls waren die Vorbereitungen von langer Hand und sehr geschickt getroffen. Die Rote Armee war erstaunlich gut ausgerüstet. Nicht bloß mit leichten und schweren Geschützen, Maschinengewehren und der zugehörigen Organisation und Munition, sondern auch im Automobilverkehr und Nachrichtenwesen. Durch den Kapp-Putsch wurde man gezwungen, zu früh loszuschlagen. Der Plan war erst anzufangen, wenn die Rote Armee an der Grenze stand. Dann mußte der größte Teil der Reichswehr dort Verwendung finden. Jetzt blieb nichts übrig, als den Generalstreik gegen Kapp als Vorspann zu benützen. Da die Empörung über das Verhalten der Reichswehr allgemein war und vielfach kein Unterschied gemacht wurde, so loderte die Bewegung mächtig auf. Die kleineren Abteilungen der Reichswehr wurden zum Teil, wie in Essen, niedergemacht, zum Teil konnten sie sich retten. Die Düsseldorfer Besatzung schlug sich unter heftigen Kämpfen, bei denen allein 14 Offiziere fielen, nach Wesel durch. Noch jetzt sitzen etwa 200 Offiziere, Beamte und Sicherheitspolizisten in Gewahrsam der Aufständischen. Wesel konnte sich mit Mühe behaupten. Durch größere Eisenbahn- und Brückensprengungen suchte man den Anmarsch der Reichswehr zu erschweren. Wenn der Aufruhr bald auf das eigentliche Industriegebiet beschränkt werden konnte, so war das möglich, weil aus den verschiedenen Teilen des Reiches Truppen hierher gezogen wurden.

•

Die Ausgleichsforderung für unsern Einmarsch

* Frankfurt a. M., 1. April. Aus Paris wird gemeldet: Millerands Schreiben an den deutschen Geschäftsträger in Paris, Dr. Mayer, enthält einen neuen Gesichtspunkt, und der ist, daß die französische Regierung die Lage im Ruhrgebiet auf Grund französischer und englischer Darstellungen durchaus unzutreffend beurteilt und daß daher die geforderte Verstärkung der deutschen Polizeitruppen im Ruhrgebiet, damit aber auch die Besetzung von Frankfurt und Darmstadt, unnötig wäre. Millerand bestätigt im ersten Absatz seines Briefes, daß die französische Republik die deutsche Forderung im Prinzip wohl bedingt angelassen habe; nur nennt Millerand diese Bedingungen nicht. Es ist aber bekannt, daß die Besetzung von Frankfurt und Darmstadt entsprechend den deutschen Vorschlägen erst dann erfolgen sollte, wenn die deutschen Truppen nicht innerhalb einer bestimmten Zeit zurückgezogen wären. Millerand hat diese Bedingungen auch nicht dementiert. Aus dem zweitletzten Absatz der Antwort Millerands kann man höchstens schließen, daß dann, wenn die Verstärkung der deutschen Truppen im Ruhrgebiet auch in Paris als nötig erachtet werden sollte, die französische Regierung sich vorbehält, zu diesen Bedingungen endgültig Stellung zu nehmen. Aus dem Schreiben geht außerdem deutlich hervor, daß die deutsche Regierung die von Frankreich verlangten Garantien im Prinzip zugestanden habe und nur noch über den Zeitpunkt, wann diese in Wirksamkeit treten sollen, diskutiert. Der „Temps" stellt diesen Umstand mit besonderer Genugtuung fest.

Neue Streikbewegung der französischen Berg- und Metallarbeiter

× Paris, 1. April. Nach einer Havas-Meldung aus Metz haben die Berg- und Metallarbeiter, die der Confédération générale du travail angegliedert sind, für den 1. April einen neuen Tarif verlangt und sich, da ihnen bis jetzt noch keine bejahende Antwort zugegangen ist, am 1. April für den Streik erklärt.

•

Lehrerstreik in England?

× Amsterdam, 1. April. „Telegraaf" meldet aus London, daß die Lehrerschaft der öffentlichen Schulen wegen Gehaltsstreitigkeiten mit dem Ausstand droht.

In Dänemark wird noch verhandelt

Kopenhagen, 1. April. (Eig. Drahtbericht)

Die beschlossene allgemeine Arbeitsniederlegung für den 1. April hat bereits zur Folge gehabt, daß in einigen Betrieben die Arbeit eingestellt wurde. Der Eisenbahnverkehr wird von Montag an in ganz Dänemark ruhen und von demselben Zeitpunkte an werden auch die Beamten der öffentlichen Anstalten in den Streik treten. Das Personal der Hotels und Restaurants wird sich am Dienstag anschließen. Die Bewegung wird außer den lebenswichtigen Betrieben sich auf alle Unternehmungen erstrecken. Angesichts der verschärften Lage haben die Unternehmer sich zu Zugeständnissen in den Lohnforderungen der Arbeiter bereit erklärt.

Der frühere Minister Stauning erklärte in der gestrigen Generalversammlung, man wolle deutsches Land gegen den ausdrücklichen Willen der Volksabstimmung annektieren, der Regelung der durch die Teuerung geschaffenen Notlage entgegenarbeiten und dem Kocher freie Bahn lassen. Das alte Ministerium habe jahrelang Ruhe und Frieden dem Lande gesichert, während die jetzt am Ruder befindlichen Abenteurer das Land in die größte innere und außenpolitische Gefahr stürzen wollen. Die dänischen Arbeiterkreise haben stets auf gesetzlichem Boden gestanden und kein Mann in Dänemark dürfe das Vorrecht haben, der ruhigen und sicheren Entwicklung im Lande entgegenzuarbeiten.

Die wahren Beweggründe des Regierungssturzes erhellen deutlich aus einem Artikel der konservativen „Nationaltidende", die schreibt: „Es wird der neuen Regierung leicht sein, bei der Entente durchzusetzen, daß in der schleswigschen Frage solange kein entscheidender Schritt unternommen wird, bis eine aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene Regierung im Sinne des Volkes sprechen kann." Daß diese neue Regierung sich sofort an den Verband wenden wird, dafür bieten die Namen nationalistischer Minister volle Gewähr. Von radikal-liberaler Seite ist der Präsident des Folkething aufgefordert worden, unverzüglich das Parlament einzuberufen, um die Besprechungen über das neue Wahlgesetz fortzusetzen. Von sozialdemokratischer Seite sind Zustimmungserklärungen eingegangen, während die Konservativen noch keine Stellung dazu genommen haben.

Trotz der augenblicklich gespannten Lage ist immer noch Hoffnung vorhanden, daß der Generalstreik noch in letzter Stunde vermieden werden wird. Aus verschiedenen Anzeichen kann man schließen, daß beide Parteien die bis zum Inkrafttreten des Generalstreiks verbleibende Frist nicht verstreichen lassen werden, ohne die Einigungsmöglichkeiten erschöpft zu haben. Da auch der König seine anfängliche schroffe Haltung aufgegeben hat, ist es nicht ausgeschlossen, daß Regierung und Kabinett zu einer Lösung der Krise kommen, die beiden Teilen gerecht wird. Sollte allerdings eine Einigung nicht zustande kommen, so ist nach den sozialistischen Blätterstimmen mit Sicherheit anzunehmen, daß der Kampf mit den schärfsten Mitteln geführt werden wird.

•

Vorbereitungen der Regierung

Kopenhagen, 1. April. (Eig. Drahtbericht.)

Die Regierung bereitet sich durch Bereitstellung von Truppen auf alle Möglichkeiten vor. Die gestern abend beobachteten Truppentransporte haben zu einem Protest des Eisenbahnerverbandes geführt, der erklärte, sofort jeden Eisenbahnverkehr einstellen zu wollen, falls die Regierung die Truppentransporte fortsetze. Der neue Kriegsminister gab darauf die Versicherung ab, daß solche Transporte nicht mehr vorgenommen werden sollen.

× Kopenhagen, 1. April. Wie die Zeitung „Politiken" meldet, hat die Regierung die Einberufung neuer Truppen angeordnet. Die in Kopenhagen stehenden Truppen sind mit scharfen Patronen versehen worden.

Ein Bekenntnis zum Deutschtum

Nach einer gewaltigen Kundgebung des Saarvolkes für Freiheit und Deutschtum, die am 12. März in Saarbrücken stattfand (und die infolge der politischen Ereignisse damals nicht in der Presse gebührend behandelt werden konnte. D. Red.), hat auch die Bevölkerung von Saarlouis am 24. März ein unumwundenes Bekenntnis zum Deutschtum abgelegt. Der Bericht, der infolge der wirren Zustände erst jetzt hierher gelangt, läßt das sehr erfreulich erkennen. Tausende und aber Tausende waren in die Stadt geströmt und der Riesensaal, in dem die Versammlung abgehalten wurde, vermochte nicht alle zu fassen. Nach kurzen einleitenden Worten des Vorsitzenden der Saarlouiser Zentrumspartei, die die Kundgebung veranstaltet hatte, Rechtsanwalt Levacher, hielt Oberlehrer Dr. Schwarz eine längere, immer wieder von stürmischem Beifall unterbrochene Rede, in der er unter anderm ausführte: Wir im Kreise Saarlouis haben am schwersten von allen Saarbewohnern unter dem Zwange der Militärdiktatur gelitten. Aber all das Schwere der vergangenen Monate, das wie ein Alpdruck auf unsrer Seele lastete, hat uns in der Treue zu unserm deutschen Vaterlande nicht wankend gemacht. Nur um so fester sind wir mit ihm verwachsen. Wir erklären feierlichst, daß die tendenziösen Bestrebungen, unsern Kreis zu verwelschen oder gar von Deutschland loszureißen, nur auf einige wenige Gesinnungslose zurückzuführen sind, die unter dem Schutze der Bajonette ihren politischen Weizen blühen sahen. Wir lieben unsre deutsche Heimat, unsre deutschen Sitten, unsre deutsche Sprache, unser deutsches Wesen. Unser deutsches Denken und Fühlen lassen wir nicht antasten. An der Bewahrung unsrer deutschen Eigenart wird auch die von uns nicht gewollte und ohne unsre Befragung erfolgte Lockerung von unserm deutschen Vaterlande nichts ändern. Gerade jetzt, in der Zeit schwerster Not, wo unsre deutschen Brüder rechts des Rheines so unermeßlich leiden, werden wir um so treuer zu ihnen stehen. Der Redner forderte dann weiter sofortige Ausschreibung der im Friedensvertrag angestandenen Wahlen auf breitester demokratischer Grundlage. Weiterhin ein Parlament, das aus gleichen, geheimen und direkten Wahlen hervorgeht, das nicht nur beratend, sondern auch gesetzgebend in allen wichtigen Angelegenheiten bei der Regierung des Saarbeckens mitwirkt. Unter stürmischem, nicht endenwollendem Beifall schloß der Redner mit den Worten: „Werden unsre Forderungen berücksichtigt, dann hoffen wir, die 15 Jahre der Verbannung ruhmlos mit der Regierung zum Besten unsres Landes zu arbeiten, bis wir wiederum zu unserm großen deutschen Vaterlande zurückkehren!"

Die Wahl des Reichspräsidenten

Von L. Quidde, M. d. R.

(Nachdruck verboten)

Der Artikel wurde am 11. März, also zwei Tage vor dem Militärputsch geschrieben. Wir bringen ihn hier unverändert zum Abdruck, auch um zu zeigen, daß es nicht des Auftretens der Kapp-Lüttwitz bedurfte, um eine Verfassungsänderung abzuwehren.

Nach Artikel 41 der Weimarer Verfassung wird der Reichspräsident „vom ganzen deutschen Volke gewählt. Wählbar ist jeder Deutsche. Das Nähere bestimmt ein Reichsgesetz."

Dieses Reichsgesetz soll jetzt erlassen werden. Die Vorlage, die dem Reichsrat zugegangen ist, bestimmt, daß, wenn im ersten Wahlgang keine absolute Mehrheit erzielt ist, das ganze Volk zu einem zweiten Wahlgang berufen wird, für den auch neue Kandidaten aufgestellt werden können, und daß in diesem zweiten Wahlgang die relative Mehrheit entscheidet.

Während diese Vorlage zur Beratung steht, wird von sozialdemokratischer Seite angeregt, die Verfassung zu ändern (wozu eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist) und es sprechend einem Antrag, der schon bei der Verfassungsberatung von den Sozialdemokraten gestellt war, den Reichspräsidenten durch den Reichstag wählen zu lassen.

Dieser Gedanke scheint vielfach auch außerhalb der Sozialdemokratie Anklang zu finden. Man macht zu seinen Gunsten geltend, daß die direkte Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk eine Art Plebiszit zugunsten einer Person darstelle, das unter Umständen für die Republik nicht ungefährlich sei, und daß es andererseits zu sam sei, die Person des Reichspräsidenten nicht den Gehässigkeiten eines erbitterten Wahlkampfes auszusetzen.

Die ernste Bedeutung dieser Gründe kann man gelten lassen und es doch sehr bedenklich finden, je noch vor der ersten Anwendung der Verfassungsbestimmungen sie ändern zu wollen. „Meister, der Rock ist fertig, soll ich ihn gleich flicken?" Man soll sich freilich nicht scheuen, einen begangenen Fehler einzugestehen und ihn wieder gutzumachen, ehe es zu spät ist. Aber doch nur, wenn über das Fehlerhafte der getroffenen Entscheidung kein Zweifel bleibt. Sonst wird ohne Not das Ansehen derer, die die Verantwortung tragen, in diesem Fall der Nationalversammlung und des ganzen Verfassungswerks, schwer erschüttert.

Ist die Vorschrift der Verfassung denn wirklich ein Fehler? Man hat sie sich dort in Weimar sehr reiflich überlegt und wußte, was man tat, als man sie beschloß. Man wollte dem Reichspräsidenten eine vom Reichstag unabhängige Stellung geben; er soll sein als ein Vertrauensmann des ganzen Volkes gegenüber den Parteien der Volksvertretung auftreten können; damit hängen auch manche Befugnisse zusammen, die ihm die Verfassung überträgt. Zur Berufung der Volksentscheidung, Auflösung des Reichstages; seine Wahl sollte nicht Gegenstand eines Handelsgeschäftes der Fraktionen sein; die Parteien sollten veranlaßt werden, Kandidaten zu präsentieren, die mehr wären als geschickte Parteipolitiker, wirklich volkstümliche Persönlichkeiten.

Diese Gedanken hatten gewiß, als man die Verfassung schuf, ihr großes Gewicht, und dieses Gewicht hat sich inzwischen nicht vermindert. Es sprach auch die Bestimmung vor allem aber eine große Zuversicht, ein schönes Vertrauen auf den gesunden Sinn des Volkes und auf die Kraft des demokratischen Gedankens in der jungen Republik. Wenn man jetzt die Wahl dem Volk entzieht und sie aus dem freien Felde der großen Oeffentlichkeit in die Kulissen parlamentarischer Verhandlungen verlegt, so wird man mit Recht fragen, ob dieses Vertrauen so rasch verflogen ist und ängstlichen Bedenklichkeiten Platz gemacht hat.

Darf man sich nun gar durch die Aussicht auf eine Kandidatur Hindenburg bestimmen lassen, von der direkten Volkswahl abzusehen? Welch ein Triumph und welch ein Agitationsmittel wäre das für Nationalisten und Monarchisten! Gewiß wäre ein Erfolg dieser Kandidatur eine Katastrophe; alle Hoffnung auf ruhigen Wiederaufbau wäre dann zunichte. Aber man darf unbedingt vertrauen, daß daran auch die Kandidatur scheitern wird.

Bleibt man auf dem Boden der Verfassung, so ist die schwierigste Frage: Absolute oder relative Mehrheit? Ueber sie hat man sich in Weimar nicht einigen können; es schien auch nicht zweckmäßig, die Entscheidung verfassungsmäßig festzulegen; man hat ihre Lösung also dem Wahlgesetz überwiesen.

Der Verfassungsausschuß hatte zeitweilig Wahl durch relative Mehrheit gleich im ersten Wahlgang vorschlagen wollen. Das wäre offenbar höchst gefährlich gewesen. Es könnte bei starker Stimmenzersplitterung leicht der Kandidat einer extremen Richtung gewählt werden, zu dem die große Mehrheit des Volkes und des Reichstages in schärfstem Gegensatz stehen würde. Eine solche Präsidentschaft sieben lange Jahre hindurch wäre ein schweres Unglück. Also absolute Mehrheit! Wird sie im ersten Wahlgang nicht erzielt, ist ein zweiter Wahlgang erforderlich. Soll nun Stichwahl zwischen den beiden höchstbestimmten Kandidaten stattfinden? Ueber die Mängel und das moralisch Bedenkliche des Stichwahlverfahrens ist schon so viel geschrieben worden, daß eine Andeutung genügt. Es kann, besonders bei starker Stimmenzersplitterung vorkommen, daß die Wähler in ihrer großen Mehrheit genötigt sind, zwischen zwei Uebeln zu wählen, während unter den ausgefallenen Kandidaten vielleicht einer ist, auf den sich eine gewaltige Mehrheit ohne starkes inneres Widerstreben vereinigen ließe.

Wenn einmal ein zweiter Wahlgang nötig ist, so ist der Vorschlag des Entwurfs dem Stichwahlverfahren jedenfalls weit vorzuziehen. Auf Grund des Ergebnisses des ersten Wahlganges, in dem Parteien, Richtungen und Kandidaten ihre Kräfte gemessen haben, findet in voller Freiheit ein zweiter Wahlgang statt, und in diesem kann dann ohne Gefährdete relative Mehrheit entscheiden. (Ein dementsprechender Gesetzentwurf liegt augenblicklich vor, und hat Aussicht, angenommen zu werden. D. Red.)

Aber der zweite Wahlgang an sich ist bei einer solchen Volkswahl allerdings höchst unerwünscht. Zweimal den ganzen großen Apparat aufbieten, zweimal das ganze Volk in Bewegung setzen und zweimal die Leidenschaften eines solchen Kampfes aufrühren — davor schreckt begreiflicherweise jeder zurück. Daher kam auch der Verfassungsausschuß zu dem Vorschlag, gleich die relative Mehrheit entscheiden zu lassen. Besonders schwer fällt gegen den zweiten Wahlgang das Bedenken ins Gewicht, das gegen die Volkswahl überhaupt geltend gemacht wurde. Die Erbitterung des Kampfes wird sich furchtbar steigern und For-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-1920040202/1